

Ergebnisprotokoll

Runder Tisch Schwarzwild

14.03.2019 Fachbereich Sicherheit und Ordnung,

Karl-Ludwig-Straße 28-30

Beginn: 16:00 Uhr, Ende: 18:20 Uhr

TOP 1: Aktuelles und Rückblick

Den im vergangenen Jahr verstorbenen Mitgliedern des Runden Tisches, Herrn Klaus-Volker Günnewig und Herrn Peter Dehus wird in einer Schweigeminute gedacht.

Rückblickend auf das vergangene Jagdjahr lässt sich festhalten, dass die Jagdstrecke konstant hoch ist. Die Vollmast im vergangenen Herbst und ein eher milder Winter wirkten sich positiv auf den Bestand aus; Umgekehrt bedeutete dies, dass nur mit erhöhter Anstrengung das Niveau des letzten Jagdjahres erreicht werden kann. Durch die Änderung der Struktur der Jagdbögen im Käfertaler Wald und die Neuvergabe eines Jagdreviers hat sich die Zahl der erlegten Tiere dennoch gegen den landesweiten Trend erhöht. Es wird weiterhin deutlich mehr geschossen als im letzten Jagdjahr. Auch die Aufhebung der Jagdruhe von März-April wirkt sich bzgl. der Abschusszahlen weiterhin positiv aus. Auch im benachbarten Hessischen Forst sind die Abschusszahlen weiterhin sehr hoch. Durch eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei konnten aber auch wieder Bewegungsjagden durchgeführt werden.

Als Problem wird immer mehr auch das Ausbringen von Gartenabfällen und das sorglose Laufenlassen von Hunden ohne Leine gesehen.

TOP 2: Afrikanische Schweinepest (ASP)

Herr Thorn informiert über den derzeitigen Stand der Ausbreitung. Die ASP breitet sich weiter aus. Von Osten kommend hat sie sich weitgehend in Rumänien ausgebreitet, auch Bulgarien und Ungarn sind mittlerweile betroffen. Der Ausbruchsherd in Tschechien konnte erfolgreich bekämpft werden. Seit einem Jahr gibt es dort keine neuen Fälle. Ganz im Gegensatz zu Belgien, wo die ASP in den betroffenen Kreisen außer Kontrolle geraten ist. Eine Eindämmung scheint nicht mehr möglich zu sein.

Die größte Gefahr der Verbreitung in Mannheim besteht den Menschen. Sei es durch sorglos weggeworfene kontaminierte Nahrungsmittel oder die Einbringung durch in Seuchengebieten kontaminierte Gegenstände wie Schuhe. Im Süden Mannheims (Rheinau) konnte eine

potentiell gefährliche Situation durch den schnellen Einsatz der Jagdpächter entschärft werden. In der Antwerpener Straße wurden u.a. zusätzliche Abfallbehältnisse aufgestellt und Hinweisschilder angebracht.

Derzeit wird in Baden-Württemberg ein Kompetenzteam aufgestellt, das im Schadensfall die betroffenen Kreise, Jäger und Landwirte beraten kann. Der Seuchenplan wird derzeit weiterhin ausgearbeitet.

Die Verwahrstelle an der Kläranlage Nord befindet sich kurz vor Inbetriebnahme. Durch mehrere falsche Lieferungen kam es leider zu Bauverzögerungen. Derzeit wird ein Nutzungskonzept mit Nutzungsordnung erstellt. Die Jäger werden aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie sie sich einbringen können. Ein dauerhafter Betrieb erfordert gemeinsame Anstrengungen sowohl der Jäger als auch der Veterinäre.

Bisher wurden keine Anträge für Nachtsichtgeräte in den Mannheimer Revieren von den Jagdpächtern gestellt.

TOP 3: Zusammenarbeit mit der Polizei

Seit einiger Zeit war der Punkt offen. Frau Meloian vom Polizeipräsidium Mannheim stand dem Runden Tisch als Vertreterin der Polizei zur Verfügung. Von Seiten der Jäger wurden die Probleme, die sich in der Vergangenheit ergaben, und Lösungsvorschläge hierzu vorgetragen. Insbesondere ging es dabei um eine gute Kommunikation mit den Revieren vor Ort. Die Polizei ist für viele Bürger auch der erste Ansprechpartner, wenn es um Konflikte mit Wildtieren geht. Da ist diese dann auch auf die Zusammenarbeit mit den Jagdpächtern angewiesen. Der Runde Tisch regt deshalb einen verstärkten Austausch zwischen den einzelnen Polizeirevieren und -posten und den Jägern an.

Der Polizei steht die Liste der Jagdpächter zur Verfügung. Die Jagdgenossenschaft auf der einen Seite wird sich bemühen der Polizei immer eine aktuelle Liste zur Verfügung zu stellen und die Polizei auf der anderen Seite wird darauf achten, dass die aktuelle Liste den Beamtinnen und Beamten vor Ort immer zur Verfügung steht.

TOP 4: Änderung der Hundesteuersatzung

Es gab bereits zwei Anläufe des Runden Tisches die Hundesteuersatzung in Mannheim zu ändern. Diese waren letztendlich nicht erfolgreich. Die Mitglieder des Runden Tisches sahen sowohl in der Vergangenheit als auch für die Zukunft den Bedarf, jagdlich ausgebildete Hunde, die von Pächtern in Mannheim eingesetzt werden, von der Hundesteuer zu befreien. Bei der Befreiung geht es darum, den Jägern für Ihre Tätigkeit zur Reduzierung des

Wildschweinbestandes eine kleine Anerkennung zukommen zu lassen. Für die Stadt ist das eine Win-Win-Situation, da die Hunde auch zu einer effektiveren Jagd (und dies nicht nur beim Schwarzwild) führen können. Zum Zeitpunkt der Erstellung des ursprünglichen Konzeptes war eine Umsetzung aus rechtlichen Gründen schwierig, da das vormalige Landesjagdgesetz keine nachvollziehbare Qualifizierung der Hunde vorsah. Mit der Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes im Jahr 2015 wurden aber entsprechende Voraussetzungen in § 17 der Durchführungsverordnung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes geschaffen. Ein entsprechender Vorschlag zu § 6 der Hundesteuersatzung liegt diesem Protokoll bei.

TOP 5: Konversionsgebiete Benjamin-Franklin / Sullivan / Taylor

Die Arbeiten auf den Konversionsflächen sind in vollem Gange. Trotz der Hinweise der Jagdbehörde, der Naturschutzbehörde und der Forstbehörde war in einem Entwurf zum Bebauungsplan der MWSP kein Zaun als Abgrenzung der Bebauung zum Wald hin vorgesehen. Aufgrund der erneuten Intervention aller drei Behörden konnte der Zaun in den Bebauungsplan aufgenommen werden. Neben dem Schutz von gefährdeten Naturräumen wird der Zaun auch den Wildschweinen den Zugang zu den bebauten Arealen erheblich erschweren.

TOP 4: Verschiedenes

Jagdwilderei

Es gab im vergangenen halben Jahr keine neuen Verdachtsfälle von Jagdwilderei. Den Jägern wird dennoch geraten, sensibel mit dem Thema umzugehen und Verdachtsfälle zeitnah der Polizei zu melden.

Zäunung der A6

Derzeit gibt es keinen neuen Sachstand hinsichtlich der Zäunung. Aufgrund der Gefahr des Ausbruchs der ASP macht sich die obere Verkehrsbehörde beim RP Karlsruhe damit keinen Gefallen. Die Haltung ist aus Sicht eines verantwortungsvollen Risikomanagements nicht nachvollziehbar, da der Verzicht auf finanzielle Mehrbelastungen in keinem Verhältnis zu den Auswirkungen im Falle des Ausbruchs der ASP steht. Dies wurde der oberen Verkehrsbehörde vom Runden Tisch auch so mitgeteilt.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 23.10.2019 statt.

Mannheim, den 13.05.2019

gez. Thorn

Anlage:

- Vorschlag Änderung Hundesteuersatzung
- Jagdstrecke Schwarzwild nach Klassen in Mannheim